

hen sind» (S. 33). Europarecht muss nicht notwendig zur europaweiten Vereinheitlichung führen, es kann es auch, wie hier, bei einer Harmonisierung und damit bei einer Vielfalt des Persönlichkeitsschutzes belassen. Bedarf es zu dieser Feststellung aber einer Fleißarbeit von 570 eng bedruckten Seiten?

Prof. Dr. *Manfred Rehbinder*, Zürich

**Lindner, Irene: Die Persönlichkeitsverletzung durch Kunst.** Schriften zum geistigen Eigentum und zum Wettbewerbsrecht Bd. 64, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2015, 444 S., ISBN 978-3-8487-1125-3, € 99.–/CHF (fPr) 125.–

Bei Persönlichkeitsverletzungen durch Kunst denkt man sogleich an die Literatur und in diesem Rahmen an den «Esra»-Fall des Bundesverfassungsgerichts (13.6.2007, BVerfGE 119, 1): Ein bekannter Schriftsteller hatte seine Liebesbeziehung zu der Beschwerdeführerin in vielen intimen Details beschrieben. Die Betroffene wehrte sich hiergegen mit Erfolg. Rechtlich gesehen ging es vor allem um die praktische Konkordanz zwischen dem Grundrecht auf Schutz der Persönlichkeit (Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG) und der Kunstfreiheit des Art. 5 Abs. 3 Satz 1 GG. Verlag und Schriftsteller verloren im Wesentlichen, gewannen aber vor dem BGH, als es um die Frage eines Schmerzensgeldes ging, BGH, 24.11.2009, BGHZ 183, 227). Hier setzte sich die Kunstfreiheit durch.

Die von *Horst-Peter Götting* betreute Dresdener Dissertation behandelt die zivilrechtlichen Strukturen für typische Fallgestaltungen. Verglichen werden das deutsche und das US-amerikanische Recht. In beiden Rechtswelten geht es vor allem um die Einflüsse des Verfassungsrechts auf das Zivilrecht. So gliedert sich die Arbeit in drei Teile. Der erste ist dem deutschen Recht gewidmet, der zweite betrifft die US-amerikanischen Zivilrechte, während der dritte Teil ein rechtsvergleichendes Résumé enthält. Ausgewählt werden als typische Fallgestaltungen vor allem die Wiedergabe von Lebensgeschichten in Buch oder Film sowie die satirische Darstellung bestimmter Personen. Eigentümlicher Weise fehlt die Parodie, die allerdings eher in den Bereich des Urheberrechts gehört (siehe hierzu neuestens *Tudor Vlah*, Parodie, Pastiche und Karikatur, Frankfurt am Main 2015; EuGH, 3.9.2014, GRUR 2014, 972), während die Verfasserin das allgemeine Zivilrecht und dessen Persönlichkeitsschutz in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen stellt. Entwickelt werden insoweit verschiedene Abwägungskriterien, die in der Einzelfallbetrachtung eine Rolle

spielen sollten. So sollten z.B. Satiren nicht einen «sexuellen Reiz» ausüben (S. 315).

Das von ihr zum Vergleich herangezogene US-amerikanische Recht – also im Wesentlichen das «Law of torts» (z.B. defamation oder die rights of privacy) – ist in seinen praktischen Auswirkungen ebenfalls durch die Verfassung geprägt. Die Verfasserin sieht aber den Unterschied zum deutschen Recht vor allem darin, dass die US-amerikanischen Rechte eine «stärker personenorientierte Ausrichtung als das deutsche Recht aufweisen» (S. 418), während das deutsche Recht eher auf einzelfallbezogene Entscheidungen ausgerichtet ist.

Das Buch hat den Vorzug, sich auf klar beschriebene Fallgruppen zu beschränken, deren Problematik aber gründlich und ausführlich erfasst ist.

Prof. Dr. Dr.h.c. mult. *Erik Jayme*, Heidelberg

**Kernen, Alexander: Persönlichkeitsverletzungen im Internet.** Zuständigkeit schweizerischer Gerichte im internationalen Verhältnis. Schriften zum Schweizerischen Zivilprozessrecht Bd. 20, Dike Verlag AG, Zürich/St. Gallen 2014, 431 S., ISBN 978-3-03751-670-6, € 78.35/CHF (fPr) 89.–

Die von der Universität Bern als Dissertation angenommene Arbeit befasst sich ausschließlich mit der Frage, unter welchen Voraussetzungen schweizerische Gerichte in Haftungsfällen nach Persönlichkeitsrechtsverletzungen im Internet zuständig sind. Warum diese Frage insbesondere für Anwälte von Interesse ist, die Opfer von Angriffen auf Persönlichkeitsrechte vertreten, erschließt sich nur bei näherem Hinsehen: Anders als nach der Rechtslage in der EU und in den USA können sich Host- und Access-Provider nach schweizerischem Recht nicht auf ein Haftungsprivileg berufen und sind für negatorische Ansprüche des Persönlichkeitsschutzes gemäß Art. 28a ZGB passivlegitimiert. Nach der «Tribune de Genève»-Rechtsprechung des Bundesgerichts vom 14.1.2013 müssen Host-Provider – jedenfalls bezüglich verschuldensunabhängiger Unterlassungs-, Beseitigungs- und Feststellungsansprüche nach Schweizer Recht – uneingeschränkt für persönlichkeitsverletzende Inhalte ihrer Kunden eintreten. Aufgrund dieser strengeren Rechtslage in der Schweiz kann bereits die Entscheidung darüber, in welchem Land Klage erhoben wird, präjudizierend sein; denn die Zuständigkeit des Gerichts bestimmt das Internationale Privatrecht und dieses entscheidet wiederum über das anzuwendende materielle Recht, so dass auch das schweizerische Recht Anwendung finden kann.